

Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg zum Haushaltsplan 2012

Den Murks beenden!

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst bei unseren beiden CDU-Landtagsabgeordneten bedanken, die mir – vermutlich ungewollt – das Stichwort für unsere Stellungnahme zum Kreishaushalt geliefert haben. Am 15.März war in der oberbergischen Presse zu lesen, dass beide Landtagsabgeordneten forderten, den Murks zu beenden. Ich kann Sie nur auffordern, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen und lehnen Sie mit uns zusammen den Murks, den uns die Verwaltungsspitze mit dem Kreishaushalt vorgelegt hat, ab. Hier im Kreistag besitzen Sie die Mehrheit, hier haben Sie die Möglichkeit Gestaltungswillen zu zeigen. Ich fordere Sie auf, nehmen Sie Ihre Verantwortung endlich wahr.

Natürlich ist uns klar, dass Sie mit „Murks“ nicht vorrangig das gemeint haben, was uns der Landrat im Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat. Sie meinten den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung. Dabei erheben Sie den Vorwurf, dass der Landesregierung der „ernsthafte Wille zum Sparen“ fehle. Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus und an Dreistigkeit kaum zu überbieten, dass diejenigen, die bisher beim Kreisetat keinerlei Bereitschaft zum Sparen gezeigt haben, lauthals schreien „Haltet den Dieb“ um von eigenen Versäumnissen abzulenken.

Vor einem Jahr ist es uns erstmals gegen Ihren erbitterten Widerstand gelungen, die Kommunen bei der Aufstellung des Kreishaushaltes angemessen zu beteiligen.

Die Bürgermeister durften im Finanzausschuss ihre Kritik am Finanzgebaren des Kreises vortragen und im vorgeschalteten Arbeitskreis Finanzen ihre Vorschläge präzisieren. Zwar wurden die Bürgermeister auch in diesem Jahr wieder in den Finanzausschuss eingeladen, aber durchaus bedenkenswerte Anregungen, wie die Übergabe von Schloss Homburg an den Landschaftsverband, wurden als abwegige Vorschläge abgetan. Die feste Zusage von Verwaltung und Kreistag an die Kommunen, den AK Finanzen dauerhaft einzurichten und regelmäßig tagen zu lassen, wurde bis heute nicht eingelöst. Die letzte Sitzung des AK Finanzen war am 7.2.2011 – also vor mehr als 13 Monaten. Als ich nach mehr als drei Monaten den Landrat an die damalige Zusage gegenüber den Kommunen schriftlich erinnert habe, erhielt ich von ihm mit Schreiben vom 23.5.2011 als Antwort, er habe *„bislang keine Signale aus den Reihen der Kreispolitik (gemeint waren wohl CDU und FDP) erhalten, eine weitere Sitzung des Arbeitskreises anzuberaumen. Ich darf ebenfalls darauf hinweisen, dass es sich hierbei um ein politisch motiviertes Gremium handelt und Sie in diesem Zusammenhang bitten, die Frage der Einberufung mit der Vorsitzenden, Frau Ahus, abzustimmen“*.

Hier wird die Verantwortung zwischen Verwaltung und Kreistagsmehrheit hin und her geschoben; Frau Ahus hat bis heute nichts unternommen, dass die Zusage gegenüber den Bürgermeistern eingehalten wurde, obwohl sie im Finanzausschuss dazu aufgefordert wurde.

Mit Recht kritisieren die Bürgermeister der Oberbergischen Kommunen den mangelnden Sparwillen bei der Kreisverwaltung. Fast alle Kommunen haben ihre Verwaltungen in den letzten Jahren modernisiert und erfolgreiche Anstrengungen zur Reduzierung der Personalkosten unternommen. Beim Kreis vermissen wir diese Reformen seit langem.

Reflexartig verweist der Landrat auf seine Organisationshoheit beim Aufbau der Kreisverwaltung. Ein inhaltliches Argument fällt ihm nicht ein. Nicht das wir uns hier falsch verstehen. Uns geht es um Begrenzung der Personalkosten und nicht um den Abbau von möglichst vielen Stellen. Hier muss die erforderliche Verwaltungsstrukturreform bei der Verwaltungsspitze ansetzen, denn der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf. Wohin es führt, wenn Spitzenpositionen fast ausschließlich nach Parteibuch erfolgen und nicht nach Qualifikation gefragt wird, lässt sich nirgendwo so gut beobachten, wie bei der oberbergischen Kreisverwaltung.

Wer Anspruch auf eine Führungsposition erhebt, der sollte auch eine Spitzenleistung abliefern. Auch im Rahmen der Haushaltsberatungen mussten an vielen Stellen unzureichende Vorlagen immer wieder nachgebessert werden. Für das Projekt „autarke Energieversorgung“ des Kreishauses gibt es bis heute kein überzeugendes Konzept, das mit allen Beteiligten abgestimmt wurde. Um das zu vertuschen wird das Thema in letzter Zeit nur noch nichtöffentlich behandelt, auch in der heutigen Sitzung.

Immer wieder erhalten wir in Vorlagen lapidare Mitteilungen, dass anvisierte Kostenschätzungen bei Baumaßnahmen sich im Nachhinein als Makulatur erweisen. Kostensteigerungen, wie bei der Erweiterung des Berufskollegs, werden jedoch von der Kreistagsmehrheit ohne jede Kritik abgenickt; dafür haben wir ja schließlich die Kreisumlage.

Als vor zwei Jahren der bunte Umwelttag von der Verwaltung – ohne vorherige Beteiligung des Fachausschusses – abgeschafft wurde, diente als Rechtfertigungsargument, der Umwelttag werde zukünftig durch den „Bergischen Landschaftstag“ ersetzt. Dessen Durchführung wurde in den letzten beiden Jahren aus Regionale 2010 - Mitteln finanziert. Dass die Regionale 2010 inzwischen vorbei ist, ist wohl bis heute nicht von der Verwaltungsspitze zur Kenntnis genommen worden. Denn bis heute gibt es kein Nachfolgekonzept für Umwelttag bzw. Bergischen Landschaftstag. Hier wären die Spitzenbeamten der Kreisverwaltung gefordert, frühzeitig vernünftige Konzepte vorzulegen.

In unseren Anträgen zum Haushalt haben wir uns auf drei Bereiche konzentriert: Umsetzung der Energiewende; Verbesserungen beim ÖPNV und Einsparungen bei der Kreisverwaltung selbst. In allen drei Bereichen hat sich die Kreistagsmehrheit keinen Millimeter bewegt.

Nach Fukushima haben Sie fünf Monate gebraucht, bis Sie begriffen haben, dass sie das Thema Energiewende nicht völlig verschlafen dürfen. In den Sommerferien haben sich CDU und FDP vor die Presse gestellt und Großes verkündet. Wir unterstützen die Energiewende der Bundesregierung und wir lassen die Potentiale in Oberberg untersuchen. Als ob nicht alle Erfordernisse längst bekannt wären. Was fehlt, das sind nicht die Grundlagendaten, sondern die Bereitschaft zum Handeln.

In der ersten Umweltausschusssitzung nach Fukushima im Mai letzten Jahres betonte die Kreistagsmehrheit, dass sie grundsätzlich auch für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Kreis sei. Es ginge ihr jedoch alles etwas schnell und stellte die Zustimmung für die nachfolgende Umweltausschusssitzung in Aussicht. Doch drei Monate später wollten Sie hiervon nichts mehr wissen und verweigern sich einer aktiven Klimaschutzpolitik und möchten die Energiewende weiter aussitzen.

Die von CDU/FDP als Ablenkaktion durchgesetzte Potentialstudie brachte im Kreisentwicklungsausschuss und im Umweltausschuss lediglich bekannte Zahlen zum Vorschein, die man jederzeit selbst bei den Fachleuten von ZebiO hätte abfragen können.

Hier wird Geld zum Fenster herausgeworfen, das an anderer Stelle fehlt. Ebenso kritisch sehen wir die Teilnahme des Kreises am European Energy Award (EEA), die lediglich dazu dienen soll, einerseits Zeit zu gewinnen und andererseits sich durch die „Selbstzertifizierung“ eine schöne Plakette zu verleihen. Wenn bei dem Verfahren sich die Verwaltung – wie dem Zwischenbericht zu entnehmen – vornehmlich Bestnoten attestiert, so ist klar erkennbar, mit welcher Absicht ein an sich brauchbares Zertifizierungsverfahren missbraucht werden soll. Im Zwischenbericht gab man sich z.B. für die Kontaktpflege mit den Kommunen, mit Einrichtungen, wie ZebiO, Klimabündnis Oberberg oder ev. Kirchenkreis Bestnoten. Selbst grüne Anträge (z.B. unser Antrag zur Erstellung eines Klimaschutzprogramms aus 2007) heftet sich die Kreisverwaltung ans Revers und sammelt damit Pluspunkte beim EEA-Verfahren. Schwachpunkt beim EEA-Verfahren ist zudem, dass selbst nur vage angedachte Maßnahmen bereits Pluspunkte beim Zertifizierungsverfahren ergeben. Bei so viel klimapolitischer Ignoranz wundert es nicht, dass Sie unseren Antrag, dass der Kreis ins Klimabündnis zurückkehren soll, erneut entschieden abgelehnt haben.

Auch der Antrag, dem Netzwerk der 100%-EE-Regionen beizutreten, wurde bei der Vorberatung im Kreisentwicklungsausschuss abgelehnt. Herr Löttgen als Vorsitzender des Ausschusses glaubte mitteilen zu müssen: „Wir wollen nicht als Tiger starten und als Bettvorleger landen“. Da wollen Sie lieber gleich als Bettvorleger an den Start gehen.

Eng mit dem Thema Energiewende verbunden ist eine Verkehrswende, die der Verbesserung des ÖPNV Vorrang einräumt vor der Förderung des motorisierten Individualverkehrs. Jahrelang haben Sie und ihre Helfer in den Kommunen versucht, das Projekt Wiehltalbahn kaputt zu machen. Vor Gericht haben ihre Parteifreunde jedoch eine Niederlage nach der anderen einstecken müssen. Doch statt die Realität endlich zur Kenntnis zu nehmen, zeigen Sie sich uneinsichtig und unternehmen bisher nichts zur Reaktivierung dieser Bahnstrecke.

Wir fordern, dass das einvernehmliche im Kreistag beschlossene strategische Ziel der Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs endlich umgesetzt wird. Deshalb beantragen wir – wie in den letzten Jahren - 200.000 € für die Umsetzung des Nahverkehrsplans. Bisher gibt es hierfür keinerlei Ansatz. Aus unserer Sicht sollten die Mittel insbesondere für die Einrichtung bedarfsorientierter Bedienungsformen des ÖPNV (wie AST) verwendet werden. Die Diskussionen um die Einführung des SchülerTickets in den ländlichen Kommunen des Süd- und Nordkreises haben noch einmal nachdrücklich den Handlungsbedarf für Verbesserungen aufgezeigt. Auch unter Aspekten des immer deutlicher werdenden demografischen Wandels ist entschlossenes Handeln angesagt.

Sie halten uns als Gegenargument vor, dass diese Maßnahmen Geld kosten. Ja das ist richtig; aber Untätigkeit kostet auch – aus unserer Sicht viel mehr, als wenn wir jetzt handeln. In nächster Zeit soll erneut ein neuer Nahverkehrsplan für den Kreis aufgestellt werden. Das Geld sollte man sich sparen, wenn man ohnehin vorhat, nichts zu tun.

Darüber hinaus machen wir Vorschläge, wo Geld gespart werden kann.

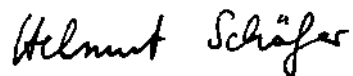
Unseren Antrag, den Landrat zur lange überfälligen Verwaltungsstrukturreform aufzufordern und in den nächsten drei Jahren die Personalkosten um 5% zu senken, hat jedoch der Finanzausschuss ohne Diskussion abgelehnt. Am Beispiel der „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ lässt sich besonders gut verdeutlichen, wie die Verwaltungsspitze bisher jede Sensibilität gegenüber den notleidenden Kommunen vermissen lässt. Hier lässt sich der Ansatz ohne Qualitätsverlust um 50.000 € und mehr reduzieren. Laut Haushaltsplanentwurf sollen die Personalaufwendungen für „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ 164.153 € betragen. Zum Vergleich: In 2009 betragen die Personalaufwendungen „nur“ – auch schon üppige - 118.303 €. Eine Erklärung, weshalb diese Aufblähung erforderlich ist, fehlt im Planentwurf. Im letzten Jahr betrug der Ansatz für

Personalaufwendungen in diesem Bereich sogar satte 195.340 €. Dies wurde letztes Jahr sowohl von uns als auch von Seiten der Kommunen heftig kritisiert.

Neben aller Kritik am Haushalt gab es jedoch einen besonders wichtigen Punkt, bei dem es erfreulicherweise erstmals Einigkeit gab. Über Fraktionsgrenzen hinweg haben wir uns darauf verständigt 25.000 € zur Unterstützung des Netzwerks gegen Rechts zur Verfügung zu stellen. Dieses gute Beispiel sollte Schule machen und für andere Politikbereiche zum Vorbild dienen.

Den vorliegenden Haushaltsplan lehnen wir jedoch ab und fordern Sie auf, um bei Ihren eigenen Worten zu bleiben: **Beenden Sie diesen Murks!**

Helmut Schäfer,

A handwritten signature in black ink that reads "Helmut Schäfer". The script is cursive and somewhat stylized.

Fraktionssprecher B'90/Die Grünen Oberberg